

II-10383 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5195/J

1990-03-15

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Gaigg, Bergsmann  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Ausschüttung von Mitteln für den Ausbau öffentlicher  
Verkehrsmittel in der Landeshauptstadt Linz

Die "Nahverkehrsmilliarde" wurde seinerzeit unter anderem der  
Zielsetzung gewidmet, die Kommunen beim notwendigen Ausbau der  
öffentlichen Verkehrsmittel zu unterstützen.

Bei der Verteilung dieser Mittel wurden die ÖBB und die Bundes-  
hauptstadt Wien zum Nachteil der übrigen städtischen Kommunen  
bevorzugt bedient und erhielten insgesamt rund 85 Prozent der  
ausgeschütteten Gelder, während lediglich 15 Prozent an einige  
Landeshauptstädte, darunter auch Linz, gingen.

Der zunehmende Individualverkehr hat in Linz ein Ausmaß erreicht,  
das für die Bevölkerung kaum mehr tragbar ist und in Stoßzeiten zu  
einem Zusammenbruch des Verkehrs führt. Es ist aus diesen Gründen  
der rasche Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel unbedingt er-  
forderlich.

Seit Jahren liegt ein Planungskonzept vor, die Straßenbahnlinie 1  
in den Hauptbahnhof einzubinden. Dieses Projekt konnte bisher  
nicht verwirklicht werden, weil die erforderlichen Mittel von  
seiten der Stadt Linz bzw. der ESG nicht aufgebracht werden  
konnten.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen in diesem Zusammenhang folgende

A n f r a g e :

- 1) Welche Beträge hat der Bund seit 1984 für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs
  - a) für den Großraum Linz,
  - b) im besonderen der ESG, den ÖBB für den Raum Linz und der Linzer Lokalbahn AG zur Verfügung gestellt?
- 2) Ist der Bund bereit, für die Bahnhofunterführung der Linie 1 der ESG Mittel zur Verfügung zu stellen?
- 3) Wenn ja, in welchem prozentuellen Verhältnis zu den Gesamtkosten?